167. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
14.11.2016

Antrag 1

CETA- Öffentliche Dienstleistungen der Grundversorgung

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Herausnahme der Öffentlichen Dienstleistungen der Grundversorgung aus dem Handels- und Investitionsschutzabkommen.

Die EU forciert schon seit Jahren die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Mit der Diskussion über den bevorstehenden Abschluss von EU-Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA wird dieser Druck auf die Anbieter von öffentlichen Dienstleistungen in der Zukunft noch stärker steigen.

Die Bürger haben ein Recht auf leistbare Grundleistungen der Daseinsvorsorge in höchster Qualität. Die Vereinten Nationen sehen den Zugang zu sauberem Trinkwasser als ein Menschenrecht an.

Das Investitionskapitel bei den bevorstehenden Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) gibt ausländischen Konzernen das Recht bei behaupteter Verletzung von privilegierten Investitionsschutzstandards den Staat unmittelbar zu verklagen.

Der bevorstehende Interessenskonflikt zwischen diesem Menschenecht und privatwirtschaftlicher Profitmaxime ist jetzt schon mit freiem Auge zu sehen. Die Investitionsschutzbestimmungen der Freihandelsabkommen werden nicht die Umsetzung öffentlicher Interessen an erster Stelle berücksichtigen. Die Befürchtung ist, dass private Schiedsgerichte die Interessen der privaten Unternehmen vor den öffentlichen Interessen der Bevölkerung voranstellen werden. Die Investitionsschutzbestimmungen werden hierbei nur die möglichen wirtschaftlichen Schäden des Investors berücksichtigen.

Dienstleistungen der Daseinsvorsorge müssen von der öffentlichen Hand erbracht werden und sind vom Geltungsbereich von Handels- und Investitionsschutzabkommen gänzlich auszunehmen.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐

167. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
14.11.2016

Antrag 2

Erhöhung der GIS Gebühren

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Streichung der Länderabgaben statt Erhöhung der GIS Gebühren

Im Jahr 2017 soll das Fernsehpublikum wieder mehr für den ORF und seine Programme zahlen. Gut *70 Millionen* Euro mehr will der ORF aus Gebühren einnehmen. Das sind fast zwölf Prozent mehr. Im Jahr 2008 erhöhte der ORF die Gebühr um acht Prozent. Im Juni 2012 um sieben Prozent.

Um 140 Millionen Euro pro Jahr machen alleine die Abgaben für sieben Bundesländer die Rundfunkgebühren teurer.

Die Stadt Wien verwendet zum Beispiel dieses Geld laut Medienminister Thomas Drozda unter anderem für die Altstadtsanierung. Auf diese Abgabe verzichten, fairerweise hinzuzufügen, nur Vorarlberg und Oberösterreich.

Anstatt eine Gebührenerhöhung durchzuführen und somit die Belastung auf den kleinen Mann zu erhöhen, fordert die Liste Perspektive das Streichen der Länderabgabe durchzuführen.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐

167. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
14.11.2016

Antrag 3

Leiharbeit

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Ende des Lebenslang auf Zeit

Leiharbeiter arbeiten oft jahrelang in einer Firma. Minimaler Kündigungsschutz macht sie lukrativ.
Der *ewige Leiharbeiter* ist in Österreichs nur ein Randthema obwohl Leiharbeit in der Theorie nicht für einen langen Zeitraum gedacht ist. Die dauerhafte Beschäftigung als Leiharbeiter in einem Unternehmen ist ein Trend in Österreich, der abgestellt gehört. Selbst jemand, der zwanzig Jahre an denselben Betrieb überlassen wurde und sich als Teil der Belegschaft fühlt, kann ziemlich schnell ohne Arbeit dastehen. Es gibt keinen echten Kündigungsschutz. Ist ein Arbeiter dann erst einmal an die Leihfirma zurückgegeben worden, naht die Entlassung

Ein sehr großer Teil aller Beschäftigungen auf Zeit wird "einvernehmlich aufgelöst". Einvernehmlich bedeutet dabei meist, unter Druck. Viele Zeitarbeiter stimmen einer einvernehmlichen Lösung in der Hoffnung zu, erneut gerufen zu werden, sobald es wieder etwas zu tun gibt. In der Zwischenzeit erhalten sie Arbeitslosengeld. Die Kosten werden also auf die Allgemeinheit abgewälzt.
Ihr Lohn scheint nicht unter den Personalkosten auf, sondern kann als Sachaufwand verrechnet werden. Aus diesem Grund greift nicht zuletzt auch die öffentliche Hand gern auf Leasingpersonal zurück, um Sparvorgaben nach außen hin zu erfüllen. Wird ein Leiharbeiter krank, steht der nächste schon auf seinem Posten.

Die Liste Perspektive fordert eine Begrenzung der Leiharbeit in einem Unternehmen auf höchstens 18 Monate oder eine Übernahmepflicht nach dieser höchsten Beschäftigungsdauer.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐

167. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
14.11.2016

Antrag 4

Dieselsubvention

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Beendigung der Dieselsubvention und Verwendung der Mittel für Ausbau der Elektromobiliätsinfrastruktur

Umweltschützer sprechen sich immer wieder gegen Diesel aus. Auch Auto-Experten wie Ferdinand Dudenhöffer fordern seit Jahren eine Abschaffung der Subventionen und ein Anheben des Dieselpreises auf Benzin-Niveau, um dessen Verbrauch einzuschränken.

Diesel setzt bei seiner Verbrennung mehr CO2 frei als Benzin. Besonders schlecht sieht die Energiebilanz bei Stickstoffoxiden aus, die Menschen, Tieren und Pflanzen zusetzen. Der staatlich geförderte Dieselboom muss ein Ende haben.

Die Liste Perspektive fordert das Ende der Subventionierung des Dieselkraftstoffes und die Verwendung dieser Subventionsgelder für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für die Elektromobilität.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐